

Besprechung der Spitzenverbände der Krankenkassen, des VDR und der BA
über Fragen des gemeinsamen Beitragseinzugs
am 26./27.05.2004

4. Geringfügig entlohnte Beschäftigungen;
hier: Zusammenrechnung einer im Rahmen der Bestandsschutzregelungen versicherungspflichtigen geringfügig entlohten Beschäftigung mit einer versicherungsfreien geringfügig entlohten Beschäftigung
-

- 314.10 S -

Nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV liegt eine geringfügig entlohnte und damit nach § 7 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz SGB V, § 5 Abs. 2 Satz 1 erster Halbsatz Nr. 1 SGB VI und § 27 Abs. 2 Satz 1 erster Halbsatz SGB III in der Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung versicherungsfreie Beschäftigung vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig im Monat 400 EUR nicht übersteigt. Dabei sind nach § 8 Abs. 2 Satz 1 SGB IV für die Beurteilung der Frage, ob die Grenze von 400 EUR überschritten wird, die Arbeitsentgelte aus mehreren nebeneinander ausgeübten Beschäftigungen zusammenzurechnen. Für den Fall, dass ein Arbeitnehmer neben einer nicht geringfügigen versicherungspflichtigen (Haupt-)Beschäftigung bei anderen Arbeitgebern geringfügig entlohnte Beschäftigungen ausübt, schreibt § 8 Abs. 2 Satz 2 SGB IV in Verb. mit § 7 Abs. 1 Satz 2 SGB V für die Krankenversicherung und damit auch für die Pflegeversicherung sowie § 5 Abs. 2 Satz 1 zweiter Halbsatz SGB VI für die Rentenversicherung vor, dass geringfügig entlohnte Beschäftigungen - mit Ausnahme einer geringfügig entlohten Beschäftigung - mit einer nicht geringfügigen versicherungspflichtigen Beschäftigung zusammenzurechnen sind.

In der Praxis ist die Frage aufgetreten, ob eine seit dem 01.04.2003 im Rahmen der Bestandsschutzregelungen nach § 7 Abs. 2 SGB V, § 229 Abs. 6 SGB VI und § 434i SGB III in der Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung versicherungspflichtige Beschäftigung als versicherungspflichtige (Haupt-)Beschäftigung anzusehen ist mit der Folge, dass die erste daneben ausgeübte geringfügig entlohnte Beschäftigung versicherungsfrei bleibt.

Die Besprechungsteilnehmer vertreten den Standpunkt, dass die im Rahmen der Bestandsschutzregelungen nach § 7 Abs. 2 SGB V, § 229 Abs. 6 SGB VI und § 434i SGB III versicherungspflichtigen Beschäftigungen auch als solche zu behandeln sind, und zwar mit allen sich

daraus ergebenden Konsequenzen. Wird daher neben einer im Rahmen der Bestandschutzregelungen versicherungspflichtigen (Haupt-)Beschäftigung eine geringfügig entlohnte Beschäftigung ausgeübt, bleibt diese als „erste“ geringfügig entlohnte Beschäftigung im Sinne des § 8 Abs. 2 Satz 1 SGB IV versicherungsfrei. Dies gilt unabhängig davon, ob das monatliche Gesamtentgelt aus beiden Beschäftigungen regelmäßig 400 EUR im Monat übersteigt.

Beispiel:

Eine Raumpflegerin arbeitet

seit 01.01.2003 beim Arbeitgeber A gegen
ein monatliches Arbeitsentgelt von 340 EUR

seit 01.05.2004 beim Arbeitgeber B gegen
ein monatliches Arbeitsentgelt von 50 EUR oder 360 EUR

Die Raumpflegerin unterliegt in der Beschäftigung beim Arbeitgeber A im Rahmen der Bestandsschutzregelungen nach § 7 Abs. 2 SGB V, § 229 Abs. 6 SGB VI und § 434i SGB III der Versicherungspflicht in der Kranken-, Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung. Die Beschäftigung beim Arbeitgeber B bleibt als geringfügig entlohnte Beschäftigung in der Kranken-, Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung versicherungsfrei, weil das Arbeitsentgelt 400 EUR nicht übersteigt. Eine Zusammenrechnung der geringfügig entlohten Beschäftigung mit der versicherungspflichtigen „(Haupt-)Beschäftigung“ findet nicht statt. Der Arbeitgeber B hat Pauschalbeiträge zur Kranken- und Rentenversicherung zu zahlen.

Arbeitgeber A	Personengruppenschlüssel:	101
	Beitragsgruppenschlüssel:	1 1 1 1
Arbeitgeber B	Personengruppenschlüssel:	109
	Beitragsgruppenschlüssel:	6 5 0 0